LUDWIGSBURG

MITTEILUNGSVORLAGE

VORL.NR. 241/23

Federführung:
FB Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport
FB Bildung und Familie
FB Sicherheit und Ordnung

Sachbearbeitung:
Dahler, Raphael
Bernhardt, Sarina
Datum:
29.08.2023

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart
Gemeinderat	18.10.2023	ÖFFENTLICH

Betreff: Sicherheitskonzept für die neuen Containerstandorte der Anschlussunterbringung
Bezug SEK: Handlungsfeld 06 (Sozialer Zusammenhalt)/ SZ 4

Bezug: Vorl. 182/23

Mitteilung:

Rahmenbedingungen im Bereich Sicherheit für die neuen Standorte

Auf dem Parkplatz der Mehrzweckhalle Oßweil sowie nördlich der Fuchshofschule in der Oststadt werden zwei neue Standorte für Container-Module geschaffen. An beiden Standorten werden jeweils 100 Plätze für Geflüchtete in der Anschlussunterbringung eingerichtet. Um die Sicherheit der Geflüchteten in den neuen Unterkünften sowie die Sicherheit und Ordnung um die Standorte herum zu gewährleisten, wird für die ersten sechs Wochen nach Bezug der Standorte jeweils eine private Sicherheitsfirma durch die Stadtverwaltung beauftragt. Im Rahmen von Revierfahrten sollen beide Standorte ab den Abendstunden bis in die frühen Morgenstunden abwechselnd angefahren werden. Der Sicherheitsdienst soll jeweils eine kurze Aufenthaltsdauer je Standort nutzen, um das Gelände zu überprüfen und eventuelle Ruhestörungen oder andere sicherheitsrelevanten Themen zu beseitigen. Die Beauftragung der privaten Sicherheitsfirma wird nach sechs Wochen eingestellt, soweit kein Bedarf mehr bestehen sollte. Der Sicherheitsdienst kann jedoch jederzeit wieder reaktiviert werden, sollte dies erforderlich werden. Zudem wird die städtische Sozialarbeit zu Beginn der Belegung und in den ersten Monaten an bis zu drei Tagen die Woche vor Ort sein. Später wird die Beratung sukzessive in die Obere Marktstraße 1 auf Grundlage einer Komm-Struktur verlagert. Zusätzlich findet weiterhin eine offene Sprechzeit pro Woche am jeweiligen Standort statt.

Belegungsstandards in der Anschlussunterbringung zur Vermeidung von Konflikten

Durch den Bau von Apartmentmodellen an den Container-Standorten, die je Einheit eine eigene Kochmöglichkeit sowie WC, Waschbecken und Dusche beinhalten, können Konfliktpotentiale innerhalb der Unterkünfte durch die Gewährleistung von Privatsphäre minimiert werden. Grundsätzlich wird bei der Belegung von Unterkünften, so auch an den neuen Container-Standorten, darauf geachtet, dass ein Belegungs-Mix aus Familien sowie alleinstehenden Personen entsteht. Die Stadtverwaltung hat mit dieser Belegungsform sehr gute Erfahrungswerte gesammelt und eine Minimierung des Konfliktpotentials feststellen können.
Zusätzlich achtet die Verwaltung auf eine Verträglichkeit der zusammenlebenden Nationalitäten. Bei der Belegung von Wohngemeinschaften werden Personen mit derselben Herkunft und demselben Geschlecht untergebracht. Familien werden im Verbund und nicht mit weiteren Einzelpersonen

untergebracht. Innerhalb einer Wohneinheit wird ebenfalls auf die Verträglichkeit der Nationalitäten geachtet, was jedoch einen Mix verschiedener Herkunftsländer an einem Standort nicht ausschließt. Der Belegungs-Mix mit Einzelpersonen und Familien hängt zudem davon ab, welche Konstellationen der Verwaltung durch den Landkreis zugewiesen werden. Dies richtet sich nach den in Deutschland ankommenden und schutzsuchenden Personen und kann nur bedingt beeinflusst werden.

Vorgehen bei Konflikten und Beschwerden in den Unterkünften

Trotz der oben genannten Belegungsstandards und Maßnahmen kann die Stadtverwaltung nicht ausschließen, dass es zu Konflikten an und in den Anschlussunterkünften kommen kann.
Tritt eine konfliktbelastete Situation auf, arbeiten die Teams der Anschlussunterbringung und der Beratung Geflüchteter in enger Abstimmung zusammen. Das Team Anschlussunterbringung gibt präventiv bei jeder Einweisung die städtische Haus- und Nutzungsordnung an die Geflüchteten aus und erklärt dabei die geltenden Regelungen, wie zum Beispiel die Nachtruhe oder die Mülltrennung. Die jeweiligen Regelungen werden schriftlich in der jeweiligen Landessprache ausgehändigt. Zusätzlich werden derzeit Workshops zum Thema Wohnverhalten vom Team Beratung Geflüchteter konzipiert, um die Menschen individuell und bedarfsorientiert zu informieren und zu schulen. Dadurch können präventiv Konflikte vermieden werden.
Wenn dennoch Konflikte in den Unterkünften auftreten, werden die Klient*innen durch das Team Anschlussunterbringung erneut auf die bestehenden Grundsätze hingewiesen und es wird zusätzlich ein Gespräch durch den/die zuständige*n Integrationsmanager*in geführt. Diese Maßnahmen werden in den meisten Fällen aufsuchend in den Unterkünften getätigt. Zusätzlich werden bei Bedarf Hausversammlungen einberufen, um alle Bewohnenden und ggfs. Nachbarn zu informieren und Konflikte zu lösen.
Bei strafrechtlich relevanten Konflikten oder bei drohender Eskalation in den Unterkünften wird grundsätzlich die Polizei oder der Kommunale Ordnungsdienst hinzugezogen.

Schutzkonzepte in der Anschlussunterbringung

Die Stadtverwaltung legt großen Wert auf die Sicherstellung des Schutzes der in der Anschlussunterbringung lebenden Personen. Dafür gibt es neben den Belegungsstandards weitere handlungsleitende Ablaufpläne für den Umgang in Konflikt- und Krisensituationen für das Team Beratung Geflüchteter, die kontinuierlich weiterentwickelt werden und derzeit zu einem allgemeinen Schutzkonzept für die Anschlussunterbringung zusammengefasst werden. Dazu gehören unter anderem die Themen Umgang mit psychischer/physischer Gesundheit, häuslicher/ partnerschaftlicher Gewalt, Kinderschutz, akute Krisensituationen, Suizidprävention und Schutz von queeren Menschen. Die Anbindung von Klient*innen an bestehende Regelstrukturen und -dienste hat für die Integrationsmanager*innen Priorität.

Sicherheit und Ordnung auf dem Gelände der Anschlussunterbringung

An den Container-Standorten wird es Aufenthaltsorte und -räume für die untergebrachten Personen geben. Diese werden ansprechend gestaltet und können von den Bewohnenden gemeinschaftlich genutzt werden.
Wenn es zu Beschwerden durch die Bewohnenden oder die Nachbarschaft kommt, werden diese zeitnah von der Abteilung Unterbringung und Beratung Geflüchteter geprüft und lösungswirksame Maßnahmen eingeleitet. Die Verwaltung sieht an den neuen Standorten jeweils ein Nachbarschaftsfest vor, um sich gegenseitig kennen lernen zu können. Dieses wird in angemessenem Abstand zum Bezug und nach einer Eingewöhnungsphase der neuen Bewohnenden geplant.

Sicherheit im öffentlichen Raum um die neuen Standorte

Eine verschärfte Sicherheitslage um die Mehrzweckhalle Oßweil oder die Fuchshofschule ist bisher nicht bekannt und wird auch mit Bezug der Containerstandorte nicht erwartet. In diesen Bereichen sind keine rechtsextremistischen Straftaten bekannt, sodass keine besondere Sicherheitslage für die Aufstellung der Container in diesem Bereich vorliegt. Im Stadtgebiet Ludwigsburg trugen die bisherigen Unterkünfte für Geflüchtete nach dem Kenntnisstand der Stadtverwaltung, dem Ordnungsamt sowie der Polizeibehörde nicht zu einer Verschärfung der Sicherheitslage und Anstieg der Straftaten in der näheren Umgebung bei.

Unterschriften:

Raphael Dahler **Sarina Bernhardt**

Finanzielle Auswirkungen?			
☐ Ja	☐ Nein	Gesamtkosten Maßnahme/Projekt:	EUR
Ebene: Haushaltsplan			
Teilhaushalt		Produktgruppe	
ErgHH: Ertrags-/Aufwandsart			
FinHH: Ein-/Auszahlungsart			
Investitionsmaßnahmen			
Deckung		☐ Ja ☐ Nein, Deckung durch	

Ebene: Kontierung (intern)				
Konsumtiv			Investiv	
Kostenstelle	Kostenart	Auftrag	Sachkonto	Auftrag

Verteiler:
DI, DII, DIII, FB32, FB48

NOTIZEN